

Presseinformation

19. März 2004

Gusenbauer, Onodi warben für Pensionsvolksbegehren

Vor allem Frauen weniger Pension

Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi und SP-Bundespartei-vorsitzender Nationalratsabgeordneter Dr. Alfred Gusenbauer stellten sich heute, Freitag, in einer Pressekonferenz in St. Pölten hinter das Pensionsvolksbegehren, das nächste Woche zur Unterschrift aufliegt.

„Ich unterstütze das Pensionsvolksbegehren, weil es durch die beschlossene Pensionsreform Benachteiligungen gibt, die nicht sozial gerecht und auch nicht durchschaubar sind“, sagte Onodi. Wenn der Durchrechnungszeitraum von 15 auf 40 Jahre erhöht werde, hätten die Frauen weniger Pension zu erwarten, weil dann die Kindererziehungszeiten hineinfallen. „Wir sind nicht gegen Reformen, wir wollen nur eine sozial verträgliche, ausgeglichene Reform. Es soll niemand sozusagen am Weg zurückgelassen werden.“

Jene Menschen, die jetzt in Pension gegangen sind, hätten mit Kürzungen von 10 bis 12 Prozent zu rechnen, meinte Gusenbauer. Noch schlimmer seien aber jene betroffen, die in 30 oder 35 Jahren in Pension gehen werden. Die Durchschnittspensionen nach dem ASVG-Recht würden bei Männern aber jetzt schon weniger als 1.000 Euro pro Monat ausmachen, bei Frauen weniger als 700 Euro. Die Möglichkeit, privat vorzusorgen, bedeute für junge Leute, rund 20 Prozent ihres Einkommens dafür aufzuwenden, dass die Pensionen gleich ausfallen würden wie früher. Daher sei „verantwortliche Politik gefordert, die auch der heutigen arbeitenden Generation garantiert, dass es einmal Pensionen gibt, von denen man auch leben und existieren kann.“